

I. Die betreuten Gruppen und die Aufgabe

Der Umfang der Katastrophe, die durch Krieg und Kriegsfolgen über die deutschen Menschen hereinbrach, dokumentiert sich zunächst in den Zahlen der Toten, Verwundeten, Vermißten, Verschleppten, Gefangenen, Evakuierten, Bombengeschädigten, Vertriebenen, Flüchtlinge und nichtdeutschen Flüchtlinge.

Vertriebene, Zonenflüchtlinge, Evakuierte, Bombengeschädigte, Kriegsgefangene und die nichtdeutschen Flüchtlinge sind innerhalb der Bundesregierung dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zur Betreuung übergeben.

Die Größe der Aufgabe wird aus dieser Beschreibung der zu betreuenden Personenkreise sichtbar. Aber die Umstände, unter denen uns die ungeheure Aufgabe auf-erlegt worden ist, sind damit noch nicht erfaßt. Das Deutsche Reich hatte am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulieren müssen. Die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße kamen unter sowjetische und polnische Verwaltung. Das übrige Reichsgebiet wurde in vier Besatzungszonen zerteilt. Damit war die Verantwortung für die weitere Entwicklung Deutschlands in die Hände der Alliierten gelegt, die bald entgegengesetzte Wege gingen. Die Bewältigung der unmittelbaren Not mußte von den regionalen deutschen Verwaltungen, denen es an Souveränität, Hilfsmitteln und Wohnraum fehlte, gemeistert werden. Der beste Helfer war der deutsche Selbstbehauptungswille. Durch diese Feststellung wird unser Dank für die vielfach spontan geleistete Hilfe des westlichen Auslands nicht gemindert. Die Zeichen der Menschlichkeit werden im deutschen Volk unvergessen bleiben.

Heute zeigt das äußere Bild der Bundesrepublik dem oberflächlichen Blick kaum noch furchterregende Zeichen der Katastrophe von 1945. Trotzdem ist und bleibt diese bestimmend für unser politisches Denken und Handeln, ob wir uns dessen immer bewußt sind oder nicht.

Wir können heute sagen: Aufgabe und Leistung beginnen sich zu entsprechen. Diese Feststellung erkennt das Geleistete an, ohne die Aufgabe als erledigt beiseite zu schieben. Wir haben das ganze Bundesgebiet umfassende Gesetze von einer Tragfähigkeit und Elastizität, die eine unbekannt Zukunft zu bestehen hatten. Die Eckpfeiler der Eingliederungsarbeit, das Bundesvertriebenengesetz (BVFG), das Lastenausgleichsgesetz (LAG), das Evakuiertengesetz, das Häftlingshilfegesetz und das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz haben die Probe bestanden.

Eine Gesetzgebung zur sozialen Gleichstellung der Zonenflüchtlinge auch ohne C-Ausweis mit den Vertriebenen ist in Vorbereitung.

Die Heilung der Folgen aus Vertreibung und Flucht ist kein auf Deutschland beschränktes Problem. Leider nicht zu Unrecht ist unsere Zeit verschiedentlich „das Jahrhundert der Entwurzelung“ genannt worden. 40 Millionen Menschen haben seit der Jahrhundertwende die Heimat verloren. Die allgemeine internationale Diskussion über diese unsere Zeit beschämende Tatsache fand einen Höhepunkt in dem Weltflüchtling-jahr, das im Juni 1959 auf Anregung der Generalversammlung der Vereinten Nationen begann. Gemäß dem Wortlaut der Entschlußung war es das Ziel des Weltflüchtling-jahres, „die Aufmerksamkeit auf das Flüchtlingsproblem zu konzentrieren und für dessen Lösung die Regierungen, freiwilligen Hilfsorganisationen und die allgemeine Öffentlich-

keit zu zusätzlichen finanziellen Leistungen anzuregen und zusätzliche Möglichkeiten für Dauerlösungen des Flüchtlingsproblems durch freiwillige Rückführung in das Heimatland, Auswanderung oder Eingliederung zu fördern". Das Weltflüchtlingsjahr sollte nach einem Ausspruch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Dag Hammarskjöld im wesentlichen in einer Reihe von nationalen Anstrengungen bestehen. Insgesamt nahmen 97 Länder am Weltflüchtlingsjahr teil. In der Bundesrepublik Deutschland ist eine große Anzahl verschiedenster Maßnahmen zum Weltflüchtlingsjahr durchgeführt worden.

Tabelle 1

Fläche und Bevölkerung von Deutschland
(in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937)
Zahlen nach dem Stand vom 17. 5. 1939

Deutschland	Fläche	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte
	470 700 qkm	69,3 Mill.	147 Einw. je qkm
Heutige Gebietsteile:			
Bundesrepublik Deutschland	52,8 %	62,0 %	173 Einw. je qkm
Sowjetische Besatzungszone Deutschlands	22,8 %	21,8 %	140 Einw. je qkm
Sowjetsektor von Berlin	0,1 %	2,3 %	4000 Einw. je qkm
Deutsche Ostgebiete z. Z. unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung	24,3 %	13,9 %	84 Einw. je qkm

Die Bevölkerung der Bundesrepublik betrug am 31. 12. 1961 56 587 500 Personen mit einer Bevölkerungsdichte von 228 Einwohner je qkm.

Für die sowjetische Besatzungszone ergab sich am 31. 12. 1961 eine Wohnbevölkerung von 16 024 000 Personen mit einer Bevölkerungsdichte von 149 Einwohnern je qkm und für den Sowjetsektor von Berlin eine solche von 1 055 300 Einwohnern mit einer Bevölkerungsdichte von 2 619 Personen.

Tabelle 2

Die Bevölkerung im Bundesgebiet nach Personenkreisen
Stand: 31. 12. 1960

Land	Wohnbevölkerung insgesamt	davon									
		Vertriebene		Flüchtlinge		Vertriebene und Flüchtlinge		Übrige Bevölkerung			
		Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Schleswig-Holstein	2 309 400	644 300	27,9	155 500	6,7	799 800	34,6	1 509 600	65,4		
Hamburg	1 837 000	263 400	14,3	170 200	9,3	433 600	23,6	1 403 400	76,4		
Niedersachsen	6 576 100	1 677 600	25,5	508 200	7,7	2 185 800	33,2	4 390 300	66,8		
Bremen	704 300	113 700	16,1	57 800	8,2	171 500	24,4	532 800	75,6		
Nordrhein-Westfalen	15 852 500	2 600 700	16,4	1 177 700	7,4	3 778 400	23,8	12 074 100	76,2		
Hessen	4 783 400	891 800	18,7	356 000	7,4	1 247 800	26,1	3 535 600	73,9		
Rheinland-Pfalz	3 411 200	312 000	9,1	170 200	5,0	482 200	14,1	2 929 000	85,9		
Baden-Württemberg	7 726 900	1 394 000	18,0	491 700	6,4	1 885 700	24,4	5 841 200	75,6		
Bayern	9 494 900	1 799 700	18,9	386 200	4,1	2 185 900	23,0	7 309 000	77,0		
Saarland	1 060 500	30 000	2,8	10 000	1,0	40 000	3,8	1 020 500	96,2		
Berlin (West)	2 202 200	175 200	8,0	137 800	6,2	313 000	14,2	1 889 200	85,8		
Bundesgebiet	55 958 300	9 902 500	17,7	3 621 300	6,5	13 523 800	24,2	42 434 500	75,8		

Als Vertriebene werden alle Deutschen angesehen, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder.

Unter Flüchtlingen sind hier die „Zugewanderten“ i. S. der Bundesstatistik zu verstehen, d. h. alle Deutschen, die am 1. 9. 1939 in der jetzigen sowjetischen Besatzungszone oder in Berlin gewohnt haben, einschl. ihrer nachher geborenen Kinder.

Für Saarland und Berlin (West) geschätzte Zahlen für Vertriebene und Flüchtlinge.

A. Die Vertriebenen

Im Jahre 1939 lebten rd. 17 Millionen Deutsche in den ostdeutschen Reichsgebieten und in den Staaten Ost-Mitteleuropas (ferner etwa 1,5 bis 2 Millionen in der Sowjetunion). Hierunter befanden sich — nach dem Gebietsstand von 1937 — innerhalb der Reichsgrenzen 9,6 Millionen, in der Tschechoslowakei 3,5 Millionen und in den übrigen Staaten 3,9 Millionen.

1,1 Millionen sind im Kriege gefallen; der Geburtenüberschuß von 1939 bis 1945 umfaßt 660 000 Seelen. Demnach zählte die deutsche Bevölkerung der Vertriebungsgebiete bei Kriegsende rund 16,6 Millionen. Von diesen 16,6 Millionen wurden 11,73 Millionen aus ihrer Heimat vertrieben, fast ausschließlich nach Mittel- und Westdeutschland. 2,72 Millionen blieben damals zurück oder wurden zurückgehalten. 2,11 Millionen ist die erschreckende Zahl der Todesopfer während der Vertreibung; hierunter sind auch Hunderttausende, die während der Deportation in die Sowjetunion ums Leben kamen. (Siehe hierzu Tabelle 3.)

1950 wurden in der Bundesrepublik 7,98 Millionen Vertriebene gezählt. Seither hat sich diese Zahl durch Geburtenüberschuß, durch Flucht von zwischenzeitlich in der Sowjetzone ansässig gewesen Vertriebenen, durch Aussiedlung aus den Vertriebungsgebieten und durch Aufnahme von zunächst in das freie Ausland gekommenen Vertriebenen auf 9,9 Millionen erhöht. (Siehe hierzu Anlagen 1—3 im Anhang.) Die Zahl der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands lebenden Vertriebenen wird auf 3,8 Millionen geschätzt. In Österreich befinden sich heute 350 000 und in Übersee etwa 100 000 bis 150 000 Vertriebene.

Die Vertreibung vollzog sich unter unhumanen Umständen. Die Vertriebenen mußten ihr gesamtes Eigentum zurücklassen. Sie wurden aus allen menschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen herausgerissen, sie verloren mit der Heimat ihre Existenzgrundlage. Es handelt sich um einen in seinem Ausmaß weltgeschichtlich einmaligen Vorgang.

Für die Aufnahmeländer ergab sich die menschlich, politisch und wirtschaftlich gleich bedeutsame Aufgabe der Hilfe sowie der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der heimatlos gewordenen Millionen. Über das, was im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geleistet worden ist und was noch zu tun ist, geben die Beiträge und Tabellen dieser Broschüre Auskunft. Die Durchführung von wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen bedeutet aber für sich allein keine Lösung des Problems der Vertriebenen: es bleibt das Recht auf die Heimat und die Selbstbestimmung. Bundesregierung und Parlament haben sich diese Forderung zu eigen gemacht. Sie beruht auf rechtlichen, moralischen und geschichtlichen Grundlagen. Bald nach dem Jahre 1000 nach Christus gründeten Deutsche allenthalben im Osten Europas und im Donauraum Städte; Land wurde urbar gemacht, eine blühende Kulturlandschaft geschaffen. Im Mittelalter entstand ein geschlossener deutscher Volkskörper mit Staatsgrenzen, die sich im wesentlichen bis zum 2. Weltkrieg erhalten haben. Beispielsweise gehören die deutsch-polnische Grenze in Schlesien seit dem Jahre 1335 und die Grenze Ostpreußens gegen Osten von 1422 zu den ältesten festen Grenzen in Europa. Das Unrecht der Vertreibung kann kein neues Recht begründen; auch eine geglückte Eingliederung beeinträchtigt nicht das Recht auf die angestammte Heimat und das Recht auf Selbstbestimmung, das heute seine Verwirklichung für alle Völker in der Welt findet.

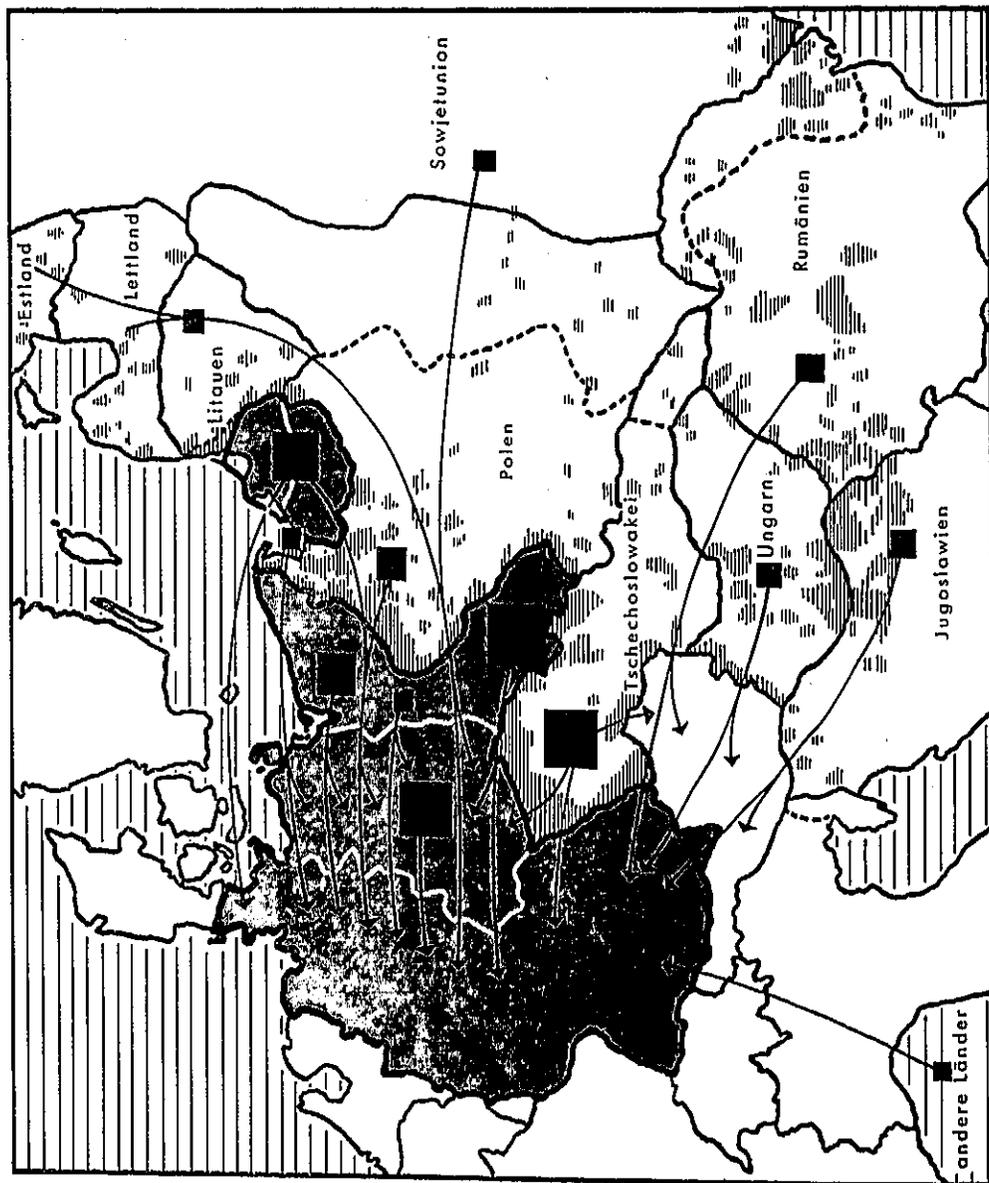
Tabelle 3

Die deutsche Bevölkerung der Vertriebungsgebiete
Zahlen in Tausend

Herkunftsgebiete (Gebietsstand 1937)	Vor der Vertrei- bung	Nach der Vertreibung			Vertrei- bungsverluste in % der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende
	Deutsche Be- völkerung bei Kriegsende	In der Heimat zurückge- blieben und zurückgehal- ten ¹⁾	Aus der Heimat vertrieben	Tote und Vermißte während der Vertreibung (Vertrei- bungsverluste)	
Deutsche Ostgebiete	9 303	1 134	6 944	1 225	13,2
Ostpreußen	2 385	173	1 935	277	11,6
Ost-Pommern	1 822	61	1 432	329	18,1
Ost-Brandenburg	615	18	424	173	28,1
Schlesien	4 481	882	3 153	446	10,0
Deutsche Siedlungs- gebiete außerhalb der Reichsgrenzen von 1937	7 255	1 583	4 786	886	12,2
Baltische Staaten ²⁾	240	19	170	51	21,1
Danzig	380	6	284	90	23,7
Polen	1 293	436	672	185	14,3
Tschechoslowakei	3 447	259	2 921	267	7,7
Ungarn	601	338	206	57	9,5
Jugoslawien	510	87	287	136	26,6
Rumänien	785	438	246	101	12,9
Insgesamt	16 558	2 717	11 730	2 111	12,7
			16 558		

¹⁾ Einschl. vermutlich noch lebender Kriegsgefangener und Vermißter (1950: ca. 72 000).

²⁾ Einschl. Memelgebiet.



B. Die Aussiedler und die über das freie Ausland aufgenommenen Vertriebenen.

Nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen waren in den Vertreibungsgebieten noch 2,72 Millionen Deutsche zurückgeblieben. Das neue politische System, die Unterdrückungsmaßnahmen und die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bewirkten, daß die verbliebenen Deutschen aus ihrer Heimat fortstrebten. Die Bundesregierung hat deren Bemühungen, zu den vertriebenen Angehörigen zu kommen, unterstützt.

Der erste Versuch in dieser Richtung führte im Herbst 1949 über die alliierte Besatzungsmacht und das Internationale Rote Kreuz zur sog. „Operation Link“, die 1950/51 rd. 68 000 Deutsche hauptsächlich aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebieten, Polen und der Tschechoslowakei die Zusammenführung mit ihren Familien möglich gemacht hat. In den folgenden 4 Jahren wurde die Zahl der Aussiedler aus diesen Gebieten geringer. Jugoslawien dagegen erlaubte den Volksdeutschen die Ausreise, so daß bis Ende 1961 rd. 62 900 Jugoslawiendeutsche in die Bundesrepublik ausgesiedelt worden sind.

Vielseitige Bemühungen des Deutschen und des Internationalen Roten Kreuzes führten in der Folge zu Vereinbarungen vom Dezember 1955 und Dezember 1956 zwischen dem Deutschen und dem Polnischen Roten Kreuz über Familienzusammenführung. Sie wirkten sich so aus, daß 1956 15 700, 1957 98 300, 1958 117 500 Deutsche, meist in Sammeltransporten, in die Bundesrepublik ausreisen konnten. Seitdem läuft die Aussiedlung aus dem polnischen Verwaltungsbereich in geringem Umfang weiter.

Seit dem Abschluß der deutsch-sowjetischen Vereinbarung über die Repatriierung von Deutschen im April 1958 hat sich auch die Zahl der Aussiedler unter den von den Sowjets in das Bundesgebiet entlassenen Personen erhöht. Gegenüber 923 im Jahre 1957 betrug sie in der Spitze (1959) 5563, darunter 3557 Memelländer. Seit 1961 ist die Zahl erheblich geringer geworden.

Vereinbarungen zwischen dem Deutschen und dem Rumänischen Roten Kreuz hatten zur Folge, daß die Zahl der Aussiedler aus Rumänien im Jahre 1961 auf 3300 anstieg.

Weniger erfolgreich waren die Bemühungen um die Aussiedlung aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn. Bis 1961 gelangten nur 23 000 Sudeten- und Karpatendeutsche in die Bundesrepublik. Aus Ungarn kamen insgesamt 4900 Aussiedler, darunter fast 2200, die im Zusammenhang mit dem Oktober-Aufstand 1956 flüchten konnten.

Insgesamt sind von 1950 bis 1961 428 541 Aussiedler aus den Vertreibungsgebieten von der Bundesrepublik aufgenommen worden. Die Zahl der in die Sowjetzone gekommenen Aussiedler ist nicht bekannt.

Trotz all dieser Bemühungen um die Aussiedlung warten noch Hunderttausende Deutsche im Osten und Südosten Europas auf die Ausreisegenehmigungen. Nach dem Stand von Ende 1961 haben Ausreisearträge an das Deutsche Rote Kreuz gestellt:

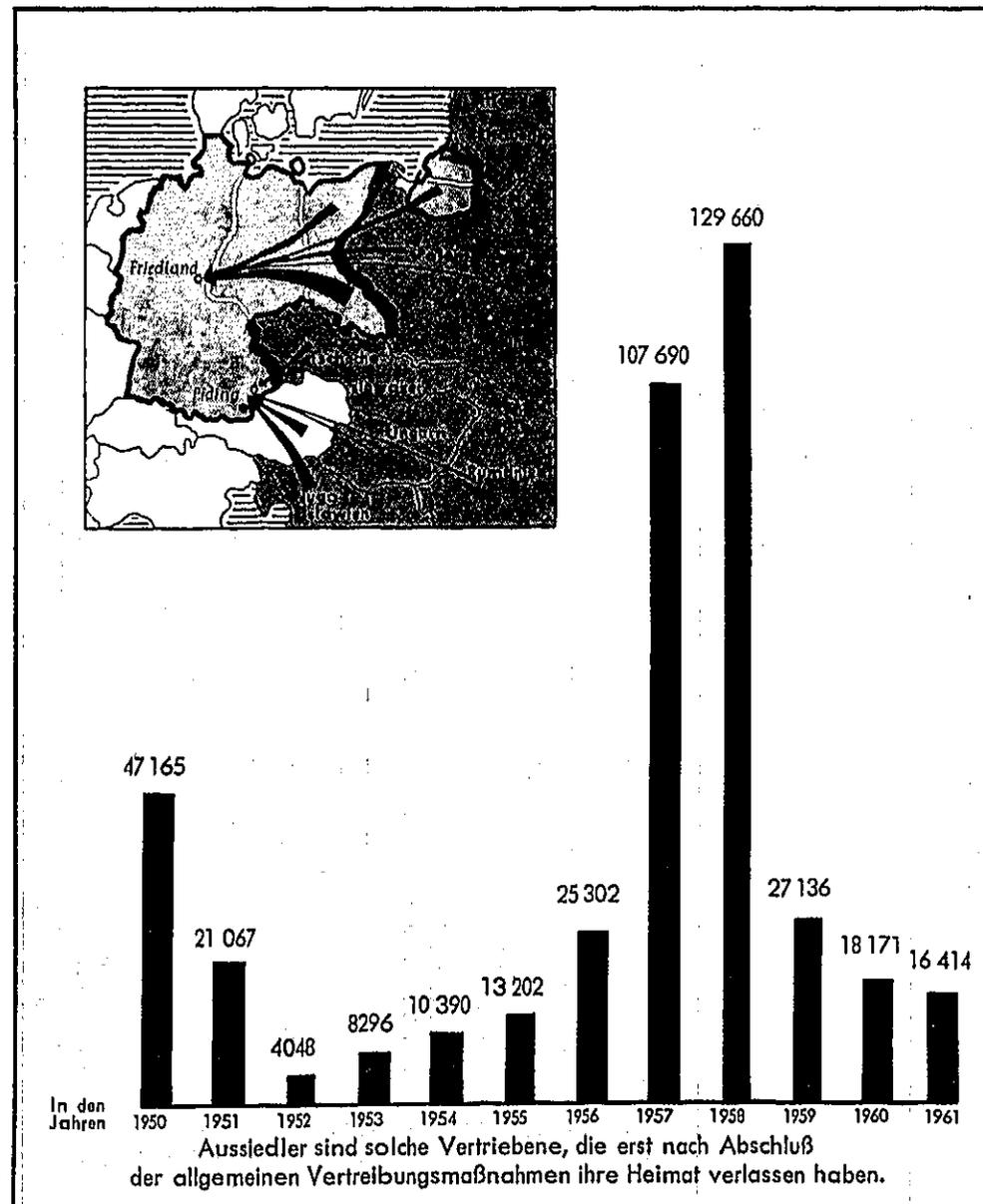
Sowjetunion und sowjetisch verwaltete Gebiete	197 600	davon	132 055	Familienzusammenführungs- und Härtefälle
Polen und polnisch verwaltete Gebiete	226 800	"	66 100	"
Tschechoslowakei	56 032	"	12 421	"
Ungarn	4 383	"	2 807	"
Rumänien	36 728	"	12 940	"
Jugoslawien	2 900	"	—	"

Außer diesen Aussiedlern werden zahlreiche Ostvertriebene in das Bundesgebiet aufgenommen, die nach ihrer Vertreibung zunächst in das freie Ausland gelangt waren. Von 1950 bis 1961 sind 46 000 Vertriebene aufgenommen worden, darunter 35 300 aus den südosteuropäischen Ländern stammende Volksdeutsche, die zunächst in Österreich Aufenthalt genommen hatten.

Die Gesamtzahl der Aussiedler und der über das freie Ausland aufgenommenen Ostvertriebenen beträgt mithin 474 555 Vertriebene. (Siehe hierzu Tabelle 4.)

Aussiedler aus den östlichen Vertreibungsgebieten

1950-1961



Aussiedler und über das freie Ausland aufgenommene Vertriebene

Tabelle 4

von 1950 bis 31. 12. 1961

Herkunftsgebiet	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1950 bis 31. 12. 1961 (Sp. 1 bis 12)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Aussiedler aus den Vertriebsgebieten													
Deutsche Ostgebiete z. Z. unter polnischer Verwaltung	1 668	121	22	17	250	182	2 322	16 963	14 384	1 247	947	2 801	40 924
Ostpreußen	3 116	989	37	40	78	100	1 539	18 450	8 025	1 254	512	230	34 370
Ost-Pommern und Ost-Brandenburg	12 421	3 021	104	74	272	523	10 115	50 142	80 448	10 975	4 625	5 097	177 817
Schlesien								17	68	24	42	—	151
Ostpreußen soweit z. Z. unter sowjetischer Verwaltung													
Deutsche Ostgebiete z. Z. unter fremder Verwaltung	17 205	4 131	163	131	600	805	13 976	85 572	102 925	13 500	6 126	8 128	253 262
Danzig	—	—	—	2	22	17	673	2 422	5 458	488	291	117	9 490
Memelland	—	—	—	—	—	—	15	26	1 659	3 557	2 108	68	7 433
Polen	14 556	6 660	31	14	40	38	1 025	10 313	9 235	2 288	1 364	1 058	46 622
Baltische Staaten	—	1 721	61	—	4	2	62	399	1 216	1 155	611	61	5 292
Sowjetunion	—	—	2	—	14	152	939	481	1 179	827	511	216	4 321
Tschechoslowakei	13 308	3 524	146	63	128	184	954	762	692	600	1 394	1 207	22 962
Jugoslawien	179	3 668	3 407	7 972	9 481	11 839	7 314	5 130	4 708	3 819	3 308	2 053	62 876*)
Rumänien	13	1 031	26	15	8	44	176	384	1 383	374	2 124	3 303	8 881
Ungarn	3	157	30	15	43	98	160	2 193	1 194	507	319	194	4 913
Übrige Länder und unge- klärte Herkunftsländer	1 901	175	182	84	50	23	8	8	11	21	15	9	2 487
Zusammen	47 165	21 067	4 048	8 296	10 390	13 202	25 302	107 690	129 660	27 136	18 171	16 414	428 541*)

*) Ferner 1 489 Kinder aus Jugoslawien (9 Transporte von 1950 bis 1954.)

Fortsetzung Tabelle 4

Aussiedler und über das freie Ausland aufgenommene Vertriebene

von 1950 bis 31. 12. 1961

Aufenthaltsland	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1950 bis 31. 12. 1961 (Sp. 1 bis 12)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Über das freie Ausland aufgenommene Vertriebene													
Österreich	57	1 519	6 845	5 699	4 240	1 987	5 583	5 822	2 080	753	470	240	35 295
Frankreich	80	1 240	1 617	1 044	572	386	253	130	160	183	117	79	5 861
Großbritannien	5	107	124	91	29	26	11	31	32	25	20	23	524
Sonstige Länder	190	832	735	280	191	187	196	273	301	353	391	405	4 334
Zusammen	332	3 698	9 321	7 114	5 032	2 586	6 043	6 256	2 573	1 314	998	747	46 014
Aussiedler und über das freie Ausland aufgenommene Vertriebene													
Insgesamt	47 497	24 765	13 369	15 410	15 422	15 788	31 345	113 946	132 233	28 450	19 169	17 161	474 555*)

*) Ferner 1 489 Kinder aus Jugoslawien (9 Transporte von 1950 bis 1954.)

C. Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone

Zum Unterschied von den planmäßigen Vertreibungen ganzer Volksgruppen handelt es sich bei den Flüchtlingen aus Mitteldeutschland um die Durchführung eines individuellen Entschlusses des Einzelnen, dem kommunistischen System den Rücken zu kehren, sei es, daß er sich bereits an Leib, Leben und persönlicher Freiheit bedroht sah, sei es, daß er diesen Schritt aus Gewissensnot oder aus Angst oder aus Sorge um die Zukunft — die eigene und die seiner Kinder — zu tun genötigt war.

Die Flucht aus Mitteldeutschland begann schon 1945; sie wurde zu einer ständigen Erscheinung, als die sowjetische Besatzungsmacht dem ihr überlassenen Teil Deutschlands ihr politisches System aufzuzwingen begann. Sie hört nicht auf, solange nur noch eine Lücke in der von Hof bis zur Ostsee und quer durch Berlin errichteten Sperrmauer vermutet werden kann. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge läßt sich nicht genau ermitteln. Von September 1949 bis Ende 1961 wurden im Bundesnotaufnahmeverfahren 2738 566 Aufnahmesuchende registriert. Die Zahl der vor 1949 und außerhalb des Notaufnahmeverfahrens in die Bundesrepublik Gekommenen wurde bisher mit etwa 1 Million angesetzt. Genaue Zahlen dürften die Ergebnisse der Volkszählung 1961 erbringen.

Das erste auffallende Kennzeichen der Fluchtbewegung ist die Beständigkeit in der Zahl und in der altersmäßigen Zusammensetzung. Alljährlich kamen im Monatsdurchschnitt zehn- bis zwölftausend. Das Steigen und Sinken der Zahlen (z. B. 1953 monatlich zwischen 13 100 und 58 600) war die Folge akuter politischer Aktionen allgemeiner Art und besonderer Zwangsmaßnahmen gegen Stände und Gruppen.

Die in früheren Jahren vertretene Auffassung, daß die Flucht langsam abebben würde, ist durch die Entwicklung widerlegt.

Die Sommermonate 1961 brachten ähnliche Spitzen wie das erste Halbjahr 1953. So wie die Zwangsmaßnahmen in Breite und Tiefe vordrangen, wuchsen auch Abneigung, Widerstand und Fluchtwille.

Die altersmäßige Zusammensetzung der Flüchtenden zeigte stets ein anderes Bild als die der Bevölkerung der Bundesrepublik. Seit 1952 waren mit überraschender Beharrlichkeit etwa die Hälfte aller Flüchtlinge unter 25 Jahre alt. Besonders fällt bei diesem biologischen Aufbau auf, daß der Anteil der 18—25jährigen den entsprechenden Anteil der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik um das Doppelte übersteigt, während der Anteil der Jahrgänge unter 18 und von 25 bis 45 Jahren dem Bundesdurchschnitt gleicht. Der Anteil der über 65 Jahre alten Flüchtlinge ist beträchtlich geringer als der Bundesdurchschnitt. (Siehe hierzu die Tabellen 5—9.)

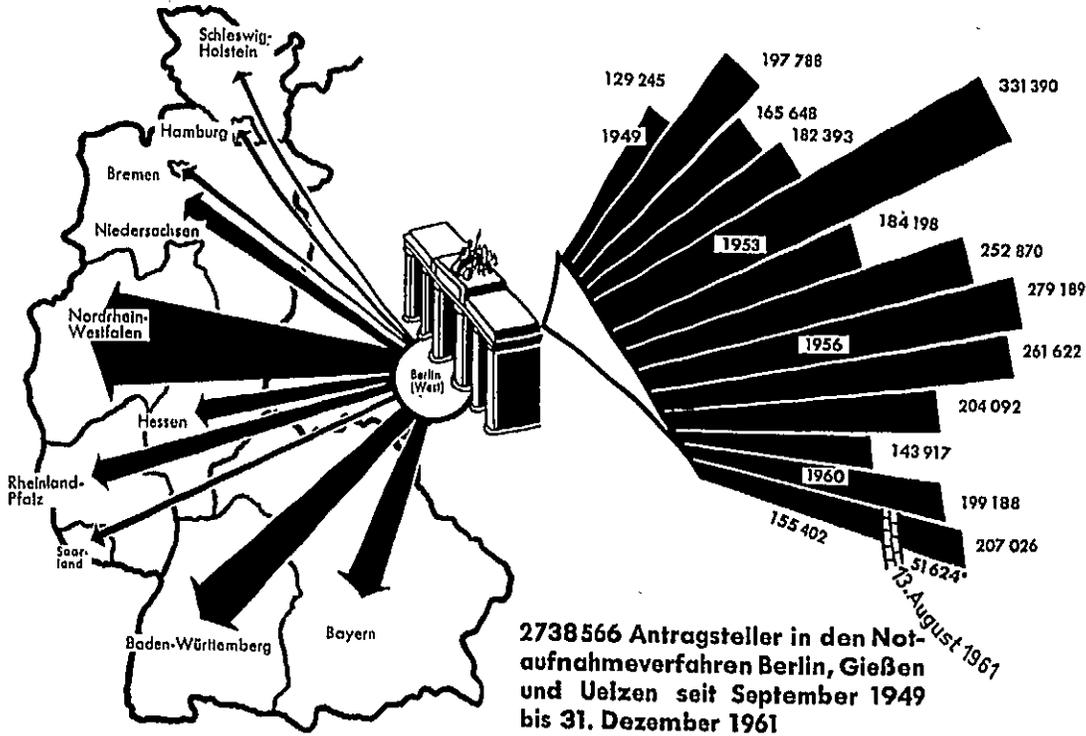
Gerade die eben selbständig gewordenen jungen Menschen kehren also dem Zonenregime in auffallendem Umfang den Rücken.

Die Höhe der Fluchtzahlen und die berufsmäßige Aufgliederung der Geflüchteten machen die jeweils wechselnden Druckrichtungen des politischen Regimes deutlich. Während bis zum Aufstand des 17. Juni 1953 das Ziel des Zonenregimes, die kommunistische Lehre politisch zu realisieren, global zu erreichen versucht wurde, begannen nach dem ersten Scheitern Einzelaktionen: die Justiz wurde gleichgeschaltet, die

Hochschulen wurden sozialisiert, die selbständigen Existenzen vernichtet. Im Frühjahr 1960 löste die brutal vorangetriebene Zwangskollektivierung der Landwirtschaft die Bauernflucht aus. Im Sommer 1961 trat dann noch die Sorge hinzu, daß durch eine völlige Abschnürung der Zone und Ostberlins die letzte Möglichkeit der Flucht genommen werden könnte, was dann am 13. August 1961 auch geschehen ist.

Das Schicksal der seit dem 13. August 1961 wie in ein Konzentrationslager eingepferchten Deutschen ist härter und bitterer denn je. Die Betreuung der in die Bundesrepublik geflüchteten Millionen bleibt eine große Aufgabe aller verantwortlichen Menschen und Dienststellen.

Der Zustrom von Deutschen aus der Sowjetzone von 1949 bis 31. Dezember 1961



2738566 Antragsteller in den Notaufnahmeverfahren Berlin, Gießen und Uelzen seit September 1949 bis 31. Dezember 1961

* Darunter 8507 Personen, denen nach dem 13. 8. 1961 die Flucht noch gelang.

Die Notaufgenommenen werden auf die Länder der Bundesrepublik nach einem festgelegten Schlüssel verteilt.

Tabelle 5

Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin
die Aufgenommenen und die Abgelehnten im Bundesnotaufnahmeverfahren
von 1949 bis 31. 12. 1961

durch die Aufnahme- und Beschwerdeausschüsse wurden	aufgenommen und abgelehnt (zusammen)		davon		abgelehnt	
	Anzahl	% Sp. 2	Anzahl	% Sp. 2	Anzahl	% Sp. 2
1	39 659	34,7	74 768	65,3		
	54 449	37,4	91 174	62,6		
	51 681	38,8	81 594	61,2		
	113 611	78,7	30 670	21,3		
	315 470	95,5	15 023	4,5		
	142 855	81,4	32 560	18,6		
	212 982	82,5	45 276	17,5		
	55 292	88,0	33 367	12,0		
		96,2	10 019	3,8		
		99,1	1 941	0,9		
			2 096	1,5		
			2 537	1,3		

Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin
III. Die Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren nach der beruflichen Gliederung

c) von 1952 bis 1956

Berufsabteilung	1952		1953		1954		1955		1956	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	13 155	7,2	40 592	12,2	12 620	6,8	15 130	6,0	17 431	6,2
2. Industrie und Handwerk	33 448	18,3	53 523	16,2	37 745	20,5	60 562	23,9	59 509	21,3
3. Technische Berufe	3 273	1,8	5 257	1,6	2 796	1,5	5 271	2,1	5 536	2,0
4. Handels- und Verkehrsberufe	26 184	14,4	37 870	11,4	19 857	10,8	31 200	12,3	33 451	12,0
5. Haushalts-, Gesundheitsdienst- und Körperpflegeberufe	8 864	4,9	17 153	5,2	9 746	5,3	11 833	4,7	13 147	4,7
6. Verwaltungs- und Rechtswesen	4 973	2,7	8 595	2,6	4 461	2,4	6 591	2,6	9 808	3,5
7. Berufe des Geistes- und Kunstlebens	3 495	1,9	4 553	1,4	2 955	1,6	3 990	1,6	3 908	1,4
8. Berufstätige mit unbestimmten Berufen	20 458	11,2	30 897	9,3	21 517	11,7	24 496	9,7	27 797	10,0
A) Erwerbspersonen (1 bis 8) ¹⁾	113 850	62,4	198 440	59,9	111 697	60,6	159 073	62,9	170 587	61,1
9. Pensions- und Rentnenempfänger	2 880	1,6	12 002	3,6	9 246	5,0	11 223	4,4	15 216	5,4
10. Hausfrauen ohne Beruf	25 623	14,0	40 893	12,3	22 558	12,3	28 983	11,5	34 510	12,4
11. Kinder und Schüler	40 040	22,0	79 540	24,0	39 818	21,6	51 756	20,5	57 445	20,6
12. Studenten	.	.)	515 ²⁾	0,2 ³⁾	879	0,5	1 835	0,7	1 431	0,5
B) Nichterwerbspersonen (9 bis 12)	68 543	37,6	132 950	40,1	72 501	39,4	93 797	37,1	108 602	38,9
Zusammen (A + B)	182 393	100	331 390	100	184 198	100	252 870	100	279 189	100

¹⁾ Einschl. Arbeitslose.

²⁾ Nicht gesondert ausgewiesen (in 11 enthalten).

³⁾ Nur im II. Hj. erfaßt; im I. Hj. in 11 enthalten.

Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin
III. Die Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren nach der beruflichen Gliederung

b) von 1957 bis 1961

Berufsabteilung	1957		1958		1959		1960		1961	
	Anzahl	%								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	15 748	6,0	9 287	4,5	7 211	5,0	14 695	7,4	9 368	4,5
2. Industrie und Handwerk	61 594	23,6	39 319	19,3	28 974	20,1	42 362	21,3	45 979	22,2
3. Technische Berufe	5 568	2,1	4 394	2,1	3 418	2,4	5 255	2,6	6 218	3,0
4. Handels- und Verkehrsberufe	31 476	12,0	23 983	11,8	17 262	12,0	23 501	11,8	24 566	11,9
5. Haushalts-, Gesundheitsdienst- und Körperpflegeberufe	13 679	5,2	11 843	5,8	7 602	5,3	9 625	4,8	10 079	4,9
6. Verwaltungs- und Rechtswesen	8 583	3,3	8 894	4,4	5 441	3,8	6 938	3,5	7 082	3,4
7. Berufe des Geistes- und Kunstlebens	3 667	1,4	5 228	2,6	2 907	2,0	3 787	1,9	4 138	2,0
8. Berufstätige mit unbestimmten Berufen	28 688	11,0	20 462	10,0	14 528	10,1	14 690	7,4	17 731	8,6
A) Erwerbspersonen (1 bis 8) ¹⁾	169 003	64,6	123 410	60,5	87 343	60,7	120 853	60,7	125 161	60,5
9. Pensions- und Rentnenempfänger	15 082	5,8	13 851	6,8	14 836	10,3	15 231	7,6	17 257	8,3
10. Hausfrauen ohne Beruf	26 283	10,0	23 085	11,3	14 758	10,3	20 921	10,5	19 598	9,5
11. Kinder und Schüler	49 860	18,9	41 224	20,2	25 484	17,7	40 537	20,4	42 220	20,4
12. Studenten	1 894	0,7	2 522	1,2	1 496	1,0	1 646	0,8	2 790	1,3
B) Nichterwerbspersonen (9 bis 12)	92 619	35,4	80 682	39,5	56 574	39,3	78 335	39,3	81 865	39,5
Zusammen (A + B)	261 622	100	204 092	100	143 917	100	199 188	100	207 026	100

¹⁾ Einschl. Arbeitslose.

²⁾ Nicht gesondert ausgewiesen (in 11 enthalten).

³⁾ Nur im II. Hj. erfaßt; im I. Hj. in 11 enthalten.

Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin
IV. Die Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren nach ihrem Wohnsitz am 1. 9. 1939
 (gegliedert nach dem heutigen Gebietsstand)
 von 1952 bis 31. 12. 1961

Tabelle 8

Herkunftsgebiet nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Sowjetische Besatzungszone 2. Berlin	124 259	230 219	117 004	164 493	179 685	169 096	124 578	82 857	124 328	129 147
	28 290	39 127	10 477	14 318	18 614	13 090	18 671	14 867	18 786	26 434
„Zugewanderte“ (1 + 2)	152 549	269 346	127 481	178 811	198 299	182 186	143 249	97 724	143 114	155 581
3. Dtsch. Ostgebiete z. Z. unter fremder Verwaltung	21 209	43 385	40 400	51 832	53 103	50 797	41 170	31 087	38 224	35 646
	4 362	7 039	6 696	10 438	11 927	12 378	8 117	5 639	5 968	5 636
4. Tschechoslowakei	4 273	6 471	5 204	5 689	7 855	7 559	4 657	3 365	4 400	4 076
5. Übriges Ausland	29 844	56 895	52 300	67 959	72 885	70 734	53 944	40 091	48 592	45 358
6. Bundesgebiet o. Berlin (West)	182 393	331 390	184 198	252 870	279 189	261 632	204 092	143 917	199 188	207 026
insgesamt										
					In Prozent					
1. Sowjetische Besatzungszone	68,1	69,5	63,5	65,1	64,3	64,7	61,0	57,6	62,4	62,4
2. Berlin	15,5	11,8	5,7	5,7	6,7	5,0	9,2	10,3	9,4	12,8
„Zugewanderte“ (1 + 2)	83,6	81,3	69,2	70,8	71,0	69,7	70,2	67,9	71,8	75,2
3. Dtsch. Ostgebiete z. Z. unter fremder Verwaltung	11,6	13,1	21,9	20,5	19,0	19,4	20,1	21,6	19,2	17,2
4. Tschechoslowakei	2,4	2,1	3,7	4,1	4,3	4,7	4,0	3,9	3,0	2,7
5. Übriges Ausland	2,4	1,9	2,8	2,2	2,8	2,9	2,3	2,4	2,2	2,0
„Vertriebene“ (3 + 4 + 5)	16,4	17,1	28,4	26,8	26,1	27,0	26,4	27,9	24,4	21,9
6. Bundesgebiet o. Berlin (West)	1	1,6	2,4	2,4	2,9	3,3	3,4	4,2	3,8	2,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Nicht gesondert ausgewiesen (z. Teil in 2. bzw. 5. enthalten).

Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin
V. Die aufgenommenen Flüchtlinge nach den Aufnahmegründen
 vom 1. 7. 1953 bis 31. 12. 1961

Tabelle 9

Jahr	Aufgenommene insgesamt	davon											
		A. Auf Grund eines Rechtsanspruchs						B. Auf Grund Ermessens					
		Zwangslage		Familienzusammenführung § 94 BVFG		Ausreichende Lebensgrundlage Art. 11 Abs. 2 GG		Sonsige Familienzusammenführung		Jugendlichkeit (besondere Fürsorge)		In Härtefällen	
		Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1	Anzahl	% Sp.1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1953: II. Hj.	102 157	25 795	25,3	4 913	4,8	1 025	1,0	11 665	11,4	16 896	16,5	41 863	41,6
1954	142 855	20 916	14,7	6 859	4,8	14 033	9,8	23 604	16,4	24 782	17,3	52 661	36,9
1955	212 982	19 007	8,9	6 804	3,2	43 232	20,3	28 872	13,6	47 043	22,1	68 024	31,9
1956	245 292	25 613	10,4	7 531	3,1	53 127	21,7	30 419	12,4	39 715	16,2	88 887	36,2
1957	253 290	18 655	7,4	7 807	3,1	39 790	15,7	34 635	13,7	46 480	18,3	105 923	41,8
1958	215 056	32 617	15,2	6 885	3,2	31 636	14,7	36 223	16,8	23 253	10,8	84 442	39,3
1959	137 437	19 898	14,5	6 185	4,5	17 269	12,6	22 932	16,7	18 046	13,1	53 107	38,6
1960	186 640	39 453	21,1	4 915	2,6	18 578	10,0	22 849	12,3	21 273	11,4	79 572	42,6
1961	208 332	40 028	19,2	4 809	2,3	16 289	7,8	22 077	10,6	21 492	10,3	103 637	49,8
1953: II. Hj. bis 1961	1 704 041	241 982	14,2	56 708	3,3	234 979	13,8	233 276	13,7	258 980	15,2	678 116	39,8

D. Die ehemaligen politischen Häftlinge

Unter den Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands befinden sich auch ehemalige politische Häftlinge. Sie wurden auf Grund rechtsstaatswidriger „Gesetze“ verurteilt. Nach der kommunistischen Doktrin wiegen politische Delikte, die sich gegen „die sozialistische Staatsmacht und Gesellschaftsordnung“ richten, schwerer als gemeine kriminelle Verbrechen. Selbst gelegentliche Bemerkungen etwa über die ständige Versorgungskrise in der Zone oder z. B. der Versuch der „Republikflucht“ haben häufig zu sehr hohen Freiheitsstrafen geführt.

Der Strafvollzug in den sowjetzonalen Gefängnissen, Zuchthäusern und Arbeitslagern ist ebenso wie die Strafjustiz ein Machtinstrument des kommunistischen Staates zur Durchsetzung der politischen Ziele und Liquidierung seiner Gegner. Er ist aber auch, wie deutlicher denn je aus Maßnahmen der neuesten Zeit hervorgeht, ein Mittel, billige Arbeitskräfte zu hochwertiger Produktion nötigen zu können.

Seit Beginn der sowjetischen Besetzung Mitteldeutschlands bis 1961 sind 52 925 Deutsche von der Besatzungsmacht und den SED-Machthabern verhaftet worden. 562 Todesurteile und 285 789 Jahre Zuchthaus und Gefängnis, darunter 672 mal lebenslänglich, wurden verhängt. Die Zahl der politischen Häftlinge in der Zone ist nach dem 13. August 1961 emporgeschwollen und betrug Ende 1961 um 15 000. Daß damit offenbar kein Höchststand erreicht ist, geht aus dem Bau eines Superzuchthauses bei Königswusterhausen mit einer Kapazität von 14 000 Plätzen hervor; Filialen planwirtschaftlich wichtiger Großbetriebe werden bezeichnenderweise gleich in den Bau einbezogen.

Die entlassenen Häftlinge haben zu einem sehr großen Teil Zuflucht in der Bundesrepublik gesucht. Nach dem Häftlingshilfegesetz, das besondere Hilfen für die länger als 12 Monate nach dem 31. Dezember 1946 in Haft befindlichen ehemaligen Häftlinge vorsieht, wurden bis Ende 1961 38 600 Betreuungsberechtigte anerkannt. (Siehe auch Tabelle 10.) Wieviel Häftlinge aus den Jahren 1945 und 1946 oder mit kürzerer Haftdauer als 12 Monate sich in der Bundesrepublik aufhalten, ist nicht bekannt.

Tabelle 10

Die Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)
vom 10. 8. 1955 bis 31. 12. 1961

Land	Erfüllte Bescheinigungen ¹⁾ für				Anträge auf Eingliederungshilfen ²⁾						Gezahlte Beträge (in DM)	
	Häftlinge	Angehörige	Hinterbliebene	insgesamt	bewilligte Anträge		abgelehnte Anträge	auf sonst. Weise erledigte Anträge	insgesamt	dar. gem. § 9 b	insgesamt	
					zusammen	dar. gem. § 9 b					dar. gem. § 9 b	dar. gem. § 9 b
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Schleswig-Holstein	1 532	51	212	1 925	1 514	249	218	148	3 914 323,—	838 285,—		
Hamburg	1 306	36	71	3 363	1 949	578	892	420	5 625 632,—	1 898 500,—		
Niedersachsen	2 916	86	400	5 705	3 589	797	957	799	9 437 073,—	2 711 200,—		
Bremen	347	11	29	860	535	158	122	100	1 356 290,—	480 750,—		
Nordrhein-Westfalen	8 092	274	877	18 041	11 601	3 160	3 062	2 055	27 259 709,—	8 944 816,—		
Hessen	2 407	84	294	5 212	3 562	1 219	1 028	322	9 674 827,—	3 869 442,—		
Rheinland-Pfalz	1 430	27	151	2 740	1 859	486	450	201	4 187 670,—	1 311 750,—		
Baden-Württemberg	4 845	207	363	9 747	6 775	2 075	1 151	879	18 048 845,—	6 364 000,—		
Bayern	2 079	89	158	4 220	2 440	620	828	698	6 343 940,—	1 951 760,—		
Saarland ³⁾	127	1	7	211	123	52	19	14	261 430,—	124 000,—		
Berlin (West)	8 559	437	1 099	13 757	10 783	2 812	1 724	572	24 545 125,—	8 551 792,—		
Bundesgebiet	33 640	1 303	3 661	65 781	44 730	12 206	10 451	6 208	110 654 864,—	37 046 295,—		

¹⁾ Diese Bescheinigungen bestätigen, daß die im HHG angeordneten Voraussetzungen vorliegen und die dort genannten Ausschließungsgründe fehlen.

²⁾ Eingliederungshilfen werden an alle nach dem HHG § 9 a — Berechtigte gezahlt; zusätzliche Eingliederungshilfen (nach § 9 b) werden auch an solche Häftlinge gezahlt, deren Gewahrsam nur auf ihr persönliches Verhalten nach dem 8. 5. 1945 zurückzuführen ist.

³⁾ Ab 1. 3. 1958.

E. Die Kriegssachgeschädigten

Der Luftkrieg hat durch zahlreiche Angriffe zu schweren Verlusten an Menschenleben und an Sachwerten bei der Zivilbevölkerung geführt. In der letzten Kriegsphase haben auch die Erdkämpfe auf deutschem Boden die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Etwa 410 000 Tote unter der Zivilbevölkerung Deutschlands sind zu beklagen, davon im Gebiet der heutigen Bundesrepublik 287 000 Tote und dazu 446 000 Verwundete. Hierunter sind nicht die 127 000 Toten der auf der Flucht befindlichen Vertriebenen enthalten.

Der Umfang der Vermögensverluste in Deutschland ist nicht bekannt. Für den Bereich der Bundesrepublik kann die Größenordnung durch die Feststellungen auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes etwa ermessen werden. Danach wird geschätzt, daß die Kriegssachschäden, die natürliche Personen an Grundvermögen, Betriebsvermögen und Hausrat erlitten haben, etwa 27 Milliarden RM betragen. Es handelt sich bei dieser Bewertung um den steuerlichen Einheitswert aus dem Jahre 1935. Im Bundesgebiet sind etwa 2,84 Millionen Wohnungen (darunter in Westberlin 556 000) total zerstört worden. Zu den Kriegssachgeschädigten treten auch die Währungsgeschädigten. Berechnungsergebnisse über die Höhe des den juristischen Personen und der öffentlichen Hand erwachsenen Schadens sind noch nicht vorhanden.

Die Zahl der von Kriegssachschäden betroffenen Menschen einschließlich der Familienangehörigen wird im Bundesgebiet auf etwa 8 Millionen geschätzt.

F. Die Evakuierten

Die Bombenangriffe und die näher rückende Front zwangen zu einer sich steigenden Evakuierung großer Bevölkerungsteile. Dies geschah zunächst auf behördliche Anordnung, dann auch aus Furcht vor weiteren Kriegshandlungen.

Die Zahl der im Frühjahr 1947 noch Evakuierten wurde auf 4 Millionen geschätzt, von denen 2,5 Millionen aus dem Gebiet der Bundesrepublik stammten, während die restlichen 1,5 Millionen in der sowjetischen Besatzungszone oder in Berlin behelmatet waren.

Obwohl durch Verwaltungsmaßnahmen der Länder und Städte die Rückkehr der Evakuierten unterstützt wurde, gelang es vielen, insbesondere den Älteren und wirtschaftlich Schwächeren nicht mehr, aus eigener Initiative in den Heimatort zurückzukehren.

Eine wesentliche Hilfe für die Rückführung bot das Bundesevakuiertengesetz von 1953, das durch eine Novelle vom 13. Oktober 1961 wesentlich verbessert wurde. Auf Grund dieses Gesetzes sind bis 31. 12. 1961 258 000 Evakuierte zurückgeführt worden. An diesem Stichtag waren noch 95 000 Personen als rückkehrwillig registriert. (Siehe Tabelle 11.)

Die Rückführung von registrierten Evakuierten

Stand: 31. 12. 1961

Land	Antragsteller	Registrierte Evakuierte	Seit 1. 7. 1953 zurückgekehrte bzw. zurückgeführte Evakuierte	davon (Sp. 3)			Nach rückzuführende Evakuierte*) (Sp. 2-Sp. 3)
				Innerhalb des eigenen Landes	aus den übrigen Bundesländern	von aussorhalb des Bundesgebietes	
	1	2	3	4	5	6	7
Schleswig-Holstein	12 879	8 707	4 418	3 449	918	51	4 289
Hamburg	50 466	31 866	25 067	—	23 553	1 514	6 799
Niedersachsen	45 684	30 708	21 492	19 712	1 577	203	9 216
Bremen	12 082	8 724	7 012	18	6 842	152	1 712
Nordrhein-Westf.	197 460	120 634	98 313	63 183	33 968	1 162	22 321
Hessen	58 141	42 353	25 881	21 738	4 020	123	16 472
Rheinland-Pfalz	27 080	18 323	13 669	10 017	3 576	76	4 654
Baden-Württemberg	33 540	22 066	17 159	13 705	3 324	130	4 907
Bayern	73 357	47 478	31 956	30 406	1 527	23	15 522
Saarland	676	492	250	85	143	22	242
Berlin (West)	40 354	21 124	12 488	—	6 246	6 242	8 636
Bundesgebiet	551 719	352 475	257 705	162 313	85 694	9 698	94 770

*) Die Zahl der in ihre Heimorte noch rückzuführenden Evakuierten wird erheblich geringer als 94 770 sein. Auf Grund der Bestimmungen des 2. ÄndG BEVG vom 26. 9. 1961 können die registrierten Evakuierten auch an ihrem Aufenthaltsort (Zufluchtsort) betreut werden. Das Ergebnis der z. Z. laufenden Befragungsaktion ist jedoch erst Ende 1962 zu erwarten.

G. Die Kriegs- und Zivilgefangenen; die Heimkehrer

Eine im März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführte Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermissten brachte einen — wenn auch lückenhaften — Überblick. Diese Registrierung, die auch jetzt noch laufend durch die vom Ministerium beauftragten Suchdienststellen ergänzt wird, führte auch zu Namenslisten, die der UN-Kommission für Kriegsgefangenenfragen vorgelegt wurden.

Das Material enthielt Namen von über 1 000 000 auf dem östlichen Kriegsschauplatz vermissten ehemaligen Wehrmachtangehörigen sowie von annähernd 100 000 deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Ein Sonderband gab eine Schilderung des Schicksals und den zahlenmäßigen Nachweis von etwa 800 000 Zivilverschleppten in der UdSSR.

Während die westlichen Gewahrsamländer auf Grund der Appelle der Vereinten Nationen ihre Unterlagen zur Aufklärung des Schicksals der Wehrmachtvermissten und der verschollenen Kriegsgefangenen bereitstellten, sind die östlichen Gewahrsamländer diesem Beispiel bisher nicht gefolgt. Vereinbarungen zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften machten jedoch Einzelanfragen zur Schicksalsklärung möglich.

Ende 1961 befanden sich sowohl in östlichem als auch in westlichem Gewahrsam nur noch wenige deutsche Kriegs- und Zivilgefangene. Ihnen werden Kriegsverbrechen vorgeworfen. Die übrigen früher bekundeten Gefangenen müssen zum ganz überwiegenden Teil als tot gelten. Dies dürfte leider auch auf die Masse der Wehrmachtvermissten zutreffen.

Am 31. 12. 1961 lagen bei den Suchdienststellen des Deutschen Roten Kreuzes und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände immer noch Suchanträge über

1 181 690 Wehrmachtvermisste
105 002 verschollene Kriegsgefangene
256 543 Zivilverschleppte und Zivilgefangene
14 809 Kindersuchfälle.

Die systematischen Nachforschungen werden weiter fortgesetzt, wobei der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer der an diesen Aufgaben mitwirkenden Organisationen Lob verdient. Bildlisten der verschollenen ehemaligen Soldaten und die Befragung von Heimkehrern anhand dieser Listen (von denen jetzt sämtliche 180 Bände mit je 750 Blatt vorliegen) werden viele weitere Schicksale klären helfen.

Die Nachforschungen nach den Zivilverschleppten und Zivilvermissten sind durch das Fehlen von nur einigermaßen vollständigen Registrierungsunterlagen von Anfang an sehr behindert gewesen. Daher beauftragte der Bundestag 1953 die Bundesregierung mit einer Gesamterhebung der deutschen Menschenverluste in den Vertreibungsräumen. Das Statistische Bundesamt erhielt den Auftrag, auf wissenschaftlicher Grundlage zahlenmäßige Übersichten der deutschen Bevölkerungsverluste zu erstellen. Die daraufhin auf regionaler Grundlage aufgestellten Bevölkerungsbilanzen vermitteln Annäherungswerte über die Zahl der Opfer der Flucht und der Vertreibung.

Gleichzeitig wurden die im Bundesgebiet lebenden Vertriebenen nach dem Verbleib ihrer Angehörigen, Freunde und Bekannten sowie nach noch Vermissten befragt. Die Namen aller Personen aus den Vertreibungsgebieten, deren Schicksal noch unbekannt

ist, werden nach ihrem früheren Wohnort in „Gemeindevermisstenlisten“ zusammengestellt und an besondere Wissensträger und Heimatblätter verteilt. Es ist zu hoffen, daß diese Befragung, die Ende 1963 abgeschlossen sein soll, zur weiteren Aufklärung des Schicksals eines Teiles der Zivilvermissten beitragen wird. Bisher wurden über 17 Millionen frühere deutsche Einwohner der Vertreibungsgebiete (einschl. Sowjetunion) namentlich ermittelt, davon über 14 Millionen mit Angaben über den Verbleib.

Nach der deutsch-sowjetischen Vereinbarung über die Rückführung von Deutschen vom 8. 4. 1958 haben alle Deutschen in der Sowjetunion, die am 21. 6. 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, ein Recht auf Ausreise. Für alle anderen rückführungswilligen Deutschen ergibt sich leider nur eine sehr beschränkte Möglichkeit im Rahmen der Familienzusammenführung.

Bis zum 31. 12. 1961 konnten 13 233 Deutsche aus der Sowjetunion rückgeführt werden, darunter 5 563 Aussiedler (siehe unter I B). Der Verlauf der Rückführungsaktion kann nur als unbefriedigend bezeichnet werden.

Nach dem „Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen“ hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, die Fortführung der Arbeiten des Internationalen Suchdienstes in Arolsen (ISD) sicherzustellen. Die Leitung und Verwaltung des ISD ist im Mai 1955 dem „Internationalen Komitee vom Roten Kreuz“ übertragen worden. Die notwendigen Mittel werden im Rahmen des Bundeshaushaltes vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zur Verfügung gestellt.

Dem Internationalen Suchdienst obliegt die Sammlung und Aufbewahrung von Unterlagen über ehemalige ausländische und deutsche Insassen von nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitslagern und über verschleppte Personen (DP's) sowie die Erteilung von Auskünften und Bescheinigungen aus diesen Unterlagen. Die rd. 11 Millionen Unterlagen werden besonders zur Bearbeitung von Ansprüchen auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes erheblich in Anspruch genommen.

H. Die nichtdeutschen Flüchtlinge

Die nichtdeutschen Flüchtlinge in der Bundesrepublik setzen sich aus zwei Gruppen zusammen: erstens aus den vor dem Kommunismus aus Osteuropa geflüchteten Ausländern und zweitens aus einer nur noch kleinen Gruppe der während des Krieges nach Deutschland Verbrachten, die nicht mehr in ihre Heimat zurück wollten und auch nicht ausgewandert sind. Ihre Zahl beträgt schätzungsweise 210 000; hierunter haben 170 000 die Rechtsstellung von „heimatlosen Ausländern“. Von den größten Gruppen kamen aus: Polen 50 000, Jugoslawien 25 000, Ungarn 25 000, den Baltischen Staaten 19 000. Auf die Länder des Bundesgebietes, ohne Saarland aber einschl. Berlin (West), ergeben sich — z. T. geschätzt — etwa 5800 nichtdeutsche Flüchtlinge für Schleswig-Holstein, 7700 für Hamburg, 19 200 für Niedersachsen, 1800 für Bremen, 52 700 (Stand 1953) für Nordrhein-Westfalen, 13 600 für Hessen, 12 000 für Rheinland-Pfalz, 31 000 für Baden-Württemberg, 61 500 für Bayern und 5900 für Berlin (West).

Die Bundesregierung hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung Sorge getragen, diese Menschen möglichst schnell und umfassend in Wirtschaftsleben und Gesellschaftsordnung einzugliedern. Zur Erleichterung der Durchführung dieser Absicht erließ sie das

Gesetz vom 25. April 1951, das die Rechtsstellung der heimatlosen Ausländer in der Bundesrepublik in international anerkannter, großzügiger Weise regelt. Es stellt Ausländer oder Staatenlose, die sich am 30. Juni 1950 im Bundesgebiet (einschl. Westberlin) aufhielten, praktisch den deutschen Staatsangehörigen gleich.

Die nach diesem Stichtag in die Bundesrepublik gekommenen nichtdeutschen politischen Flüchtlinge genießen, wie in allen anderen Ländern der freien Welt, Asylrecht. Die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951, die seit dem 1. September 1953 deutsches innerstaatliches Recht ist, gewährt ihnen im Zusammenhang mit der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und dem Grundgesetz jeden Schutz. Weitere Vergünstigungen brachte das Bundesversorgungsgesetz vom 1. 10. 1950, das Bundesgesetz zur Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 1. 10. 1953, das Gesetz zur Neuregelung des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes (FANG) vom 25. 2. 1960 sowie das zwischen der Bundesrepublik und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge am 5. 10. 1960 geschlossene Abkommen über zusätzliche Leistungen zugunsten von nichtdeutschen Flüchtlingen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Gründen der Nationalität geschädigt worden sind.

Seit dem Inkrafttreten der Asylverordnung vom 6. 1. 1953, welche die Anerkennung der nichtdeutschen Flüchtlinge und deren Verteilung auf die Bundesländer regelt, wurden einschließlich der 14 500 Ungarn, die nach dem Aufstand in Ungarn in den Jahren 1956/57 Zuflucht in der Bundesrepublik gefunden hatten, rd. 20 300 Personen als ausländische Flüchtlinge anerkannt und auf die Bundesländer verteilt. Im Jahre 1961 haben rd. 600 Flüchtlinge in der Bundesrepublik Schutz und Asyl gefunden.